

Die Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen aus Italien beschäftigt die Gerichte, weil der italienische Friedensfreund Tiziano Tissino und seine Mitstreiter ein Verfahren in Gang gesetzt haben. – Lasst uns den Widerstand gegen US-Atomwaffen in Europa bündeln!

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 088/07 – 10.04.07

Italienischer Richter setzt Verfahren gegen US-Atombomben aus

Von Kent Harris

STARS AND STRIPES, 08.04.07

(<http://www.estripes.com/article.asp?section=104&article=44957>)

PORDENONE, Italien – Tiziano Tissino sagt, er habe kein Problem mit der weiteren Anwesenheit der Amerikaner in Italien. Dass die Amerikaner militärische Uniformen trügen, sei aber ein Problem für ihn. Die Waffen, die US-Soldaten einsetzen, seien ein größeres Problem. Dass die Vereinigten Staaten vermutlich Atomwaffen in seinem Land stationiert hätten, sei das größte Problem, das er sich vorstellen könne.

Deshalb haben er und vier andere Einwohner der größten Stadt in der Nähe der Aviano Air Base ein Gerichtsverfahren gegen die Vereinigten Staaten in Gang gesetzt, mit dem sie den Abzug der in Italien vermuteten Atomwaffen erreichen wollen.

"Ich bin nicht antiamerikanisch," sagte Tissino auf Italienisch während eines Interviews in seiner Wohnung, die etwa 10 Autominuten vom Tor der Aviano Air Base entfernt liegt und etwas weiter entfernt von der Stelle, wo nach seiner Meinung die US-Atomwaffen lagern.



Eine bunkerbrechende Atombombe B 61-11 auf einer Air Base in den USA (Foto: USAF)

Er lehnt auch die US-Außenpolitik ab und ist der Meinung, es sollte den Vereinigten Staaten nicht erlaubt sein, Atomwaffen auf dem Boden eines Verbündeten zu stationieren, der sie – wie er meint – nicht haben will. Er sagte, die Italiener hätten in den 80er Jahren in einem Referendum auch die Atomenergie abgelehnt, und Italien habe den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnet. Umfragen hätten ergeben, dass eine Mehrheit der (italienischen) Bevölkerung den Krieg der Amerikaner im Irak ablehnt, ebenso wie den In Afghanistan, auch wenn dort mehr als 1.000 italienische Soldaten eingesetzt seien.

Er teilte auch mit, noch zu Zeiten der Sowjetunion seien Pläne durchgesickert, dass ein russischer Atomschlag sich zuerst gegen die in Europa stationierten US-Atomaffen richten werde, weshalb alle Anwohner gefährdet seien.

Tissino sagte, er sei nicht wirklich besorgt, dass die Russen die Flugplätze in Aviano und Ghedi – wo nach seiner Meinung auch Atomwaffen lagern – mit Atomraketen angreifen würden. **Er befürchte aber, dass Terroristen die Atomwaffenlager angreifen könnten, um Bomben zu zünden, oder dass sich durch ein Unglück eine Explosion ereignen könnte.**

Tissino ist seit langem Atomwaffengegner. Er sagte, er habe seit 1996 in jedem Jahr an Demonstrationen teilgenommen, die zur Erinnerung an die Atombomben-Abwürfe auf Japan stattfanden.

Als er und andere in einem 2005 von einer US-Organisation veröffentlichten Bericht über das weltweite US-Atomwaffenarsenal entdeckten, dass auch Aviano und Ghedi zu den Atomwaffenlagern gehörten, beschlossen sie zu handeln. (Damit ist sehr wahrscheinlich Hans M. Kristensens Bericht "U.S. Nuclear Weapons in Europe" gemeint, der vom "Natural Resources Defense Council" im Februar 2005 veröffentlicht wurde und auf der Website <http://www.nukestrat.com/us/afn/nato.htm> aufzurufen ist.)

Sie stellten im Dezember 2005 in Pordenone einen Antrag (auf Entfernung der Atomwaffen), von dem sie hoffen, dass er schließlich auch die US-Behörden erreichen wird. Ein örtlicher Richter eröffnete das Verfahren, setzte es aber in der letzten Woche aus, bis der Oberste Gerichtshof Italiens in Rom entschieden hat, ob ein lokales Gericht für den Fall zuständig ist. Tissino teilte mit, Rechtsanwälte, welche die Vereinigten Staaten vertreten, hätten vorgetragen, ein lokales Gericht dürfe in dieser Angelegenheit nicht urteilen.

Offizielle des Flugplatzes in Aviano weigerten sich, die Angelegenheit zu kommentieren, Fragen seien an das Pressebüro des Air Force-Ministers zu richten.

In einem Telefon-Interview am Freitag wiederholte Will Ackermann, ein Zivilist, der in dem Büro arbeitet, es gehöre zur Politik des Verteidigungsministeriums, Aussagen über irgendwelche Atomwaffenlager weder zu bestätigen noch zu dementieren. Er habe auch keine Kenntnis von dem (italienischen) Fall und müsse erst recherchieren, bevor er sich dazu äußern könne.

Tissino teilte mit, er wisse nicht, wie lange das oberste italienische Gericht brauche, um über den Fortgang des Verfahrens zu entscheiden. Es könnte Monate oder noch länger dauern.

Er sei auch nicht sicher, ob die italienische Regierung, falls das örtliche Gericht entscheiden dürfe und er und seine Mitstreiter gewännen, die USA zum Handeln (zum Abzug ihrer Atomwaffen) auffordern würden. Erst kürzlich habe es die italienische Regierung abgelehnt, nach mehreren Gerichtsentscheidungen rechtliche Schritte gegen die USA einzuleiten. Dazu gehörten die Entführung eines muslimischen Predigers (Abu Omar) aus Mailand durch CIA-Agenten und die Erschießung eines italienischen Spezial-Agenten im Irak (bei der Freilassung der als Geisel festgehaltenen italienischen Journalistin Guiliana Sgrena). **Aber Tissino hofft, dass die italienischen Bürger sich empören werden, wenn er und seine Mitstreiter gewinnen und die italienische Regierung wieder nichts unternimmt.**

Valentina Scheu hat durch die Übersetzung (aus dem Italienischen) zu diesen Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Anmerkungen in Klammern und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

Wieder erfahren wir Erfreuliches über Aktivitäten italienischer Friedensfreunde, aber nicht etwa auf Websites der deutschen Friedensbewegung, die ansonsten Friedensnachrichten aus aller Welt verbreiten, sondern aus der US-Militärzeitung STARS AND STRIPES, die wir zwar häufig als Quelle nutzen, der aber nicht der Ruf voraussetzt, ein Zentralorgan der Friedensbewegung zu sein.

Italienische Friedensfreunde sind wegen der 50 US-Atombomben auf der US-Air Base Aviano und der 40 auf dem Flugplatz Ghedi Torre der italienischen Luftwaffe vor Gericht gezogen. US-Atombomben gibt es auch in der Bundesrepublik, 130 auf der US-Air Base Ramstein und 20 auf dem Flugplatz Büchel der Bundesluftwaffe. Deren Abzug wurde unseres Wissens zwar noch nicht eingeklagt, aber lokale und regionale Friedens- und Bürgerinitiativen und sogar der rheinland-pfälzische Landtag fordern ihren Abzug.



Country	Base	Weapons (B61)		
		US	Host	Total
Belgium	Kleine Brogel AB	0	20	20
Germany	Büchel AB	0	20	20
	Nörvenich AB	0	0	0
	Ramstein AB	90	40	130
Italy	Aviano AB	50	0	50
	Ghedi Torre AB	0	40	40
Netherlands	Volkel AB	0	20	20
Turkey	Akinci AB	0	0	0
	Balıkesir AB	0	0	0
	Incirlik AB	50	40	90
United Kingdom	RAF Lakenheath	110	0	110
Total		300	180	480

Der Skizze und der Liste, die aus dem o. a. Bericht "U.S. Nuclear Weapons in Europe" stammen, ist zu entnehmen, auf welchen Flugplätzen in welchen europäischen Ländern

wie viele US-Atombomben gelagert sind.

Im Bundesland Rheinland-Pfalz in der Bundesrepublik Deutschland sind die meisten US-Atombomben außerhalb der Vereinigten Staaten verbunkert. Auch hier besteht die Gefahr, dass Eindringlinge mit üblen Absichten eine Bombe zu zünden versuchen. Dieser "Worst Case" wurde sogar vor kurzem in Büchel geübt (s. LP 055/07). Wir schlagen deshalb vor, in diesem Bundesland – möglichst in der Nähe des größten US-Atomwaffenlagers auf der US-Air Base Ramstein bei Kaiserslautern – eine europäische Konferenz gegen Atomwaffen durchzuführen, zu der Atomwaffengegner aus allen US-Atomwaffenstandorten in Europa eingeladen werden. Aus einem internationalen Erfahrungsaustausch könnte eine gemeinsame Strategie gegen US-Atomwaffen auf fremden Territorien erwachsen, die sich auf den "Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" beruft.

Lokale Bürgerinitiativen verfügen weder über die internationalen Kontakte, noch über die organisatorischen und finanziellen Mittel, um eine solche Konferenz allein vorzubereiten und durchzuführen.

Wir wissen, dass im Januar dieses Jahres die 27. bundesweite Friedenskonsultation der landeskirchlichen Friedensausschüsse der Evangelischen Kirche in Deutschland und der christlichen Friedensdienste u. a. beschlossen hat, sich "für den Abzug aller Atomwaffen aus Deutschland und eine atomwaffenfreie Zone in Europa einzusetzen".

Auch auf vielen Ostermarsch-Veranstaltungen wurde die Ächtung aller Atomwaffen und als erster Schritt der baldige Abzug aller fremden Atomwaffen aus Staaten gefordert, die selbst nicht über Atomwaffen verfügen.

Da sich zur Zeit sehr viele Friedensinitiativen mit Gegenveranstaltungen zum G8-Gipfel beschäftigten, der Anfang Juni in Heiligendamm stattfindet, sollte diese "Internationale Konferenz gegen US-Atomwaffen in Europa" im Oktober stattfinden.

Nachdem wir diesen "Ball" ins Wasser geworfen haben, hoffen wir, dass er sichtbar schwimmend weite Kreise zieht, die sich hoffentlich im Herbst um das Zentrum Ramstein schließen.

Nach den Ostermärschen haben Friedensleute wieder etwas Luft zum Durchatmen und Nachdenken. Erste Reaktionen erbitten wir bis Ende April an die u. a. Kontaktadresse, damit sich möglichst bald ein überregionales Organisationskomitee bilden kann.

Keine Atomwaffen, nirgendwo! No Nukes nowhere!

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern
wolfgang.jung@t-online.de